

(Abg. Dptg.)

(A) Betrag der erhöhten Mobilien- und Immobilienwerte. Wenn man das letztere tut, so ergibt sich als Gesamtvermögenszuwachs für die Finanzperiode 1908/09 ein Betrag von mehr als 79 000 000 M., also rund 80 000 000 M. In bezug auf die Finanzperiode 1910/11 liegen gegenwärtig endgültige Abschlüsse noch nicht vor, aber ich glaube, man hat vollkommen recht, auf Grund der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, die sich in dieser Periode vollzogen hat, anzunehmen, daß die Ersparnisse, die man für die Finanzperiode 1910/11 zu erwarten hat, diejenigen für die Finanzperiode 1908/09 sogar noch übertreffen werden, so daß wir wohl damit rechnen können, daß in diesen beiden Perioden sich ein Gesamtvermögenszuwachs von rund 160 000 000 M. und mehr Millionen ergeben wird. Wenn man diese Zahlen unter Hinzuziehung der den Etat selbst betreffenden Zahlen in Berücksichtigung zieht, steigen denn doch leise Zweifel nach der Richtung auf, ob nicht die Einstellung der Mehrüberschüsse für die laufende Periode doch etwas zu vorsichtig bemessen ist.

Ich darf in dieser Hinsicht auf folgendes hinweisen. In bezug auf die Eisenbahneinnahmen hat das Jahr 1910 ergeben, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr eine Zunahme von 7,5 Prozent aufweisen; das ist die höchste Zunahme, die überhaupt in den Jahren von 1902/10 zu verzeichnen gewesen ist. Für das Jahr 1911, also das laufende Jahr, hat sich sogar, und zwar allein in den ersten 8 Monaten, ein Zuwachs von 8,3 Prozent ergeben. Eingestellt sind gegenüber diesen 7,5 und 8,3 Prozent im laufenden Etat die Einnahmen jedoch nur mit 3 Prozent. Aus dem Güterverkehr hat sich eine Steigerung der Einnahmen für das Jahr 1910 um 5,54 Prozent ergeben. In den ersten 8 Monaten des Jahres 1911 hat sich eine Steigerung von 7,25 Prozent ergeben. Eingestellt sind diese Einnahmen aus dem Güterverkehr im gegenwärtigen Etat nur mit 2 Prozent.

Was die Einkommensteuer anlangt, so hat sie im Jahre 1910 mehr ergeben 4,67 Prozent, im Jahre 1911 5,64 Prozent. Eingestellt im gegenwärtigen Etat ist ein wesentlich geringerer Prozentsatz.

Meine Herren! Ich glaube, aus diesen Umständen eine Folgerung darauf ziehen zu dürfen, daß die Einstellungen in bezug auf die direkten Steuern ebenso wie die Eisenbahneinnahmen im vorliegenden Etat als außerordentlich vorsichtig zu bezeichnen sind.

(Sehr richtig!)

Wenn ich diese Tatsache feststelle, möchte ich aber dennoch nicht unterlassen, gleich hinzuzufügen, daß in dieser Hervorhebung der Vorsicht der Einstellungen keineswegs irgendwelcher Tadel für die Königl. Staatsregierung liegen soll. Im Gegenteil. Wir auf der rechten Seite des Hauses nehmen den Standpunkt ein, daß in der Tat eine solche vorsichtige Einstellung durchaus durch die Verhältnisse geboten ist, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil eine minder vorsichtige Einstellung solcher Einnahmen zweifellos bis zu einem gewissen Grade einen Anreiz zu Ausgaben bildet, die vielleicht bei günstigeren Zeitläuften gedeckt werden können, die aber die Finanzen drohen in Verwirrung zu bringen für den Fall, daß die Finanzlage einmal weniger günstig ist. Das aber ist ja bei einem Industriestaat wie Sachsen keineswegs ausgeschlossen.

Ich wiederhole also, daß wir in der vorliegenden äußerst vorsichtigen Einstellung der Einnahmen, wie sie von Seiten der Königl. Staatsregierung vorgenommen worden ist, nichts weniger als einen Akt erblicken, der tadelnswert sein könnte. Auf der anderen Seite freilich darf ich mir aber wohl erlauben, aus den Gesichtspunkten heraus, die ich vorhin aus den bisherigen Ersparnissen unserer Verwaltung gezogen habe, den Schluß zu ziehen, daß, wenn wir doch im Laufe der gegenwärtigen Session dazu kommen sollten, in bezug auf die Einstellung der Einnahmen etwas weitherzigere Grundsätze zu verfolgen, diese Ausdehnung dann mindestens als gerechtfertigt und keineswegs ausgeschlossen angesehen werden darf, wenn sich herausstellt, daß auf verschiedenen Gebieten noch Ausgaben wünschenswert bez. erforderlich sind, die in dem gegenwärtigen Etat Berücksichtigung noch nicht gefunden haben.

(Sehr richtig!)

Nun, glaube ich aber, kann man die Einstellungen im vorliegenden Etat in bezug auf ihre Berechtigung nicht besser prüfen, als indem man sich die Faktoren vor Augen hält, die zur so günstigen Gestaltung unserer vaterländischen Finanzverwaltung, namentlich in der laufenden Periode, beigetragen haben.

Meine Herren! Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hingewiesen, daß mehr oder minder die gesamte Bevölkerung Sachsens an diesem Ergebnis ihren Anteil beanspruchen kann, und zwar mit Recht beanspruchen kann, insofern unserer sächsischen Bevölkerung ein besonders hohes Maß von Erwerbstrieb und Erwerbssinn eigen ist. Aber abgesehen von diesen